Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst
am 15.11.2018

Tagungsort: Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule (Forum Haus 2)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 19:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Reinhard Schäffer - Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Gerhard Henrichsmeier - stellv. Bezirksbürgermeister (RM)
Herr Klaus-Dieter Hoffmann
Herr Simon Lange
Herr Günter Möller
Herr Werner Thole - Vors. / RM
Herr Achim Tölke

SPD

Frau Ingeborg Abendroth
Herr Nesrettin Akay - Vors.
Herr Tobias Beckord
Frau Ursula Fecke
Frau Melanie Grbeva

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marc Burauen - Vors.
Herr Roland Lasche

Die Linke

Herr Hans-Dietmar Hölscher

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Herr Karl-Hermann Vagt

Von der Verwaltung

Herr Fliege	Bürgeramt	(zu TOP 7)
Frau Loh	Bauamt	(zu TOP 8)
Frau Möller	Bauamt	(zu TOP 8)
Herr Spree	Amt für Verkehr	(zu TOP 9, 10)
Herr Berger	Umweltbetrieb	(zu TOP 9)
Frau Giese-Grohmann	Umweltamt	(zu TOP 9)
Herr Vajen	Umweltamt	(zu TOP 9)
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Bittner	Bezirksamt Heepen	
Frau Machnik	Bezirksamt Heepen	(Schriftführerin)

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert habenFDP

Herr Jan Maik Schlifter

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung:

-/-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer eröffnet die Sitzung und gratuliert Herrn Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) mit einem Blumenpräsent nachträglich zu seinem besonderen Geburtstag. Ebenso beglückwünscht er Herrn Beckord (SPD-Fraktion) nachträglich zu seinem Geburtstag.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass die Wortbeiträge in der Sitzung mittels eines Aufnahmegerätes aufgezeichnet werden.

Die Bezirksvertretung stimmt der Tagesordnung zu, die wie folgt abgehandelt wird:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst

a) Zwischennutzung der leer stehenden Immobilien an der Sperberstraße

Ein Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst fragt nach dem Stand seiner Anregung gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW, die in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung eingebracht worden sei.

Herr Skarabis verweist auf die bereits erfolgte Beantwortung der Frage in der genannten Sitzung, dass der Standort in Bielefeld von den Briten aufgegeben werde, so dass kein Wohnraum für die Angehörigen der britischen Streitkräfte mehr benötigt werde. Die von der Bezirksvertretung gewünschte Besichtigung werde derzeit mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben terminlich abgestimmt.

b) Radweg Detmolder Straße

Ein Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst beschwert sich über die Radwegführung an der Detmolder Straße und bittet die Mitglieder der Bezirksvertretung um Auskunft, ob dies von der Politik so gewollt worden sei.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer weist darauf hin, dass innerhalb der Einwohnerfragestunde keine Diskussion darüber möglich sei.

c) Anzeigetafel an der Endstation Linie 3

Ein Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst beschwert sich über die defekte Anzeige an der Endstation der Linie 3 in Stieghorst. Er habe moBiel darauf angesprochen; von dort sei keine Reaktion erfolgt.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer sagt zu, die Beschwerde weiterzuleiten.

Da keine weiteren Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt werden, schließt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer die Einwohnerfragestunde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 1 *

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 37. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 04.10.2018

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 37. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 04.10.2018 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 2 *

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1

Waschstraße Detmolder Straße/ Ecke Elpke (BV Stieghorst, 04.10.2018, TOP 18.4)

Auf eine Nachfrage von Herrn Burauen in o. a. Sitzung zu Lärmschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Betrieb der Waschanlage liegt eine Antwort des Bauamtes vor.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) stellt fest, dass vor Ort keine Schallschutzwände existierten. Diese seien definitiv nicht zu sehen. Insofern reiche ihm die Antwort des Bauamtes nicht aus.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 3.1*

-.-.-

**3.2 Zustandsverbesserung des Fußweges vom Pelikanweg zum
Bahnhaltelpunkt Ubbedissen
(BV Stieghorst, 18.02.2016, TOP 5.3)**

Den Mitteilungen beigelegt ist eine Information des Amtes für Verkehr vom 05.11.2018 zu den abgeschlossenen Arbeiten zur Verbesserung der Situation des Durchlasses unter der Bahnlinie.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) bedankt sich, dass die Verwaltung die Maßnahmen veranlasst hat. Er habe noch die Bitte, auf einem Stück des Weges, nach Ende des asphaltierten Teils bis zur Unterführung, Schotter aufzubringen. Der Weg sei sehr stark frequentiert.

Frau Fecke schließt sich den Ausführungen von Herrn Thole an. Sie habe viele positive Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern erhalten, nachdem die Arbeiten durchgeführt wurden. Auch sie äußert die Bitte, den Weg auf dem beschriebenen Teil mit Schotter zu belegen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 3.2*

-.-.-

3.3 Sondermittel 2019

Den Mitteilungen beigelegt ist ein im Bezirksamt eingegangener Antrag auf einen Zuschuss aus den bezirklichen Sondermitteln für das Jahr 2019.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 3.3*

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.4 Antwort auf eine Einwohnerfrage vom 04.10.2018

Herr Skarabis verweist auf ein vor der Sitzung verteiltes Antwortschreiben an eine Einwohnerin des Stadtteiles Lämershagen auf ihre Einwohnerfrage in der Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 04.10.2018 zur Busverbindung von der Grundschule Ubbedissen nach Lämershagen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 3.4*

-.-.-

**3.5 Sicherung der Altdeponie Nr. 27 Christophorusstraße und der Verrohrung des Forellenbaches
(BV Stieghorst, 06.09.2018, TOP 10)**

Herr Skarabis verweist auf eine Einladung des Umweltamtes zu einer Bürgerinformationsveranstaltung in o. a. Angelegenheit, die am Dienstag, 04.12.2018, um 18.00 Uhr im Foyer der Grundschule Hillegossen stattfinden soll.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 3.5*

-.-.-

**3.6 Hundefreilauffläche an der Straße Tackeloh
(BV Stieghorst, 03.05.2018, TOP 5.1)**

Herr Skarabis verweist auf die vor der Sitzung verteilte Mitteilung des Umweltamtes vom 14.11.2018 zur Einrichtung einer Hundeauslauffläche an der Straße Tackeloh, die für das Jahr 2019 geplant sei.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 3.6*

-.-.-

3.7 Ehemaliges Gipsabbaugebiet in Stieghorst

Vor der Sitzung wurde eine Mitteilung des Umweltamtes vom 14.11.2018 zu Sicherungsmaßnahmen im Bereich des ehemaligen Gipsbergwerks in Stieghorst, die von der Bezirksregierung Arnsberg gegenüber dem Eigentümer angeordnet wurden, verteilt. Herr Skarabis erläutert die Information.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 3.7*

-.-.-

**3.8 Fahrbahndecke der Detmolder Straße Höhe Walter-Werning-Straße
(BV Stieghorst, 06.09.2018, TOP 3, und 04.10.2018, TOP 5.4)**

Herr Skarabis verweist auf die vor der Sitzung verteilte Antwort des Amtes für Verkehr zu der Bitte von Frau Fecke in der Oktobersitzung, die Herstellung der Fahrbahndecke nach den Bauarbeiten zu überprüfen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 3.8*

-.-.-

Im Rahmen des TOPs Mitteilungen teilt Herr Lange (CDU-Fraktion) mit, dass im Jugendhilfeausschuss eine Information zu dem Galeriebereich in der KiTa Butterkamp erfolgte. Danach verzögere sich die Freigabe noch bis März 2019. Er bitte um Weitergabe dieser Information an die KiTa und mit Nachdruck um einen zügigen Abschluss der Arbeiten.

Zu Punkt 4 Anfragen

Anfragen der Fraktionen und Parteien liegen zur Sitzung nicht vor.

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 4 *

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Sportplatz an der Grundschule Hillegossen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7573/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

„Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst als Tagungsordnungspunkt den aktuellen Planungsstand vorzustellen.“

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) begründet den Antrag. Über mehrere Jahre, zuletzt 2016, habe man sich in der Bezirksvertretung einstimmig für eine weitere Nutzung der Fläche als Sportplatz ausgesprochen. 2017 sei dann ein mehrheitlicher Beschluss gefasst worden, eine Wohnbebauung an dieser Stelle zu realisieren. Da bisher keine weiteren Informationen vorliegen, solle eine Vorstellung der aktuellen Planungsstände seitens der Verwaltung im Rahmen eines Tagesordnungspunktes in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung erfolgen.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) stellt fest, dass beschlossen worden sei, nur einen Teil des Sportplatzes für eine Wohnbebauung zu nutzen.

Herr Möller (CDU-Fraktion) teilt mit, dass ihm Informationen vorliegen, dass die Schule erweitert werden soll und die Fußwege verlegt werden sollen. Er weist darauf hin, dass mit einem Ausbau der Schule auch vermehrt sportliche Nutzungen stattfinden.

Auf Nachfrage von Herrn Skarabis wird festgestellt, dass die Planungsstände sowohl hinsichtlich der Wohnbebauung als auch der sportlichen Nutzung unter Berücksichtigung einer möglichen Schulerweiterung dargestellt werden sollen.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier fragt sich, ob der Beschluss für eine Wohnbebauung nicht zurückgenommen werden solle. Bei steigenden Schülerzahlen und einem Ausbau der Ganztagsbetreuung müsse ausreichend Platz für die Kinder sein, um sich draußen aufzuhalten.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst als Tagungsordnungspunkt den aktuellen Planungsstand vorzustellen.

- einstimmig beschlossen –

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 5.1*

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Radweg Detmolder Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7575/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

„Die Verwaltung wird gebeten, die Beschilderung/Markierung des Radweges an der Detmolder Str. stadteinwärts im Bereich der Kurve (kurz vor der Kreuzung Detmolder/Breslauer/Lagesche Str.) -Linksabbieger über die Detmolder Str. und Weiterführung des Radweges Richtung Unterführung- zu überprüfen und gegebenenfalls zu ergänzen.“

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) führt aus, dass der Radverkehr aufgrund der nicht eindeutigen Beschilderung an der beschriebenen Stelle auf den Fußweg entlang der Detmolder Straße geführt werde.

Frau Grbeva (SPD-Fraktion) signalisiert Zustimmung und spricht sich für eine umfassende Überprüfung aus.

Herr Lasche (Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) schildert seine persönlichen Erfahrungen auf dem Radweg an der Detmolder Straße. Er bewertet die vorhandene Wegführung als gut, aber zweifelt an einer richtigen Ausschilderung. Insofern unterstütze er ebenfalls den Antrag.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Verwaltung wird gebeten, die Beschilderung/Markierung des Radweges an der Detmolder Str. stadteinwärts im Bereich der Kurve (kurz vor der Kreuzung Detmolder/ Breslauer/ Lagesche Str.) -Linksabbieger über die Detmolder Str. und Weiterführung des Radweges Richtung Unterführung- zu überprüfen und gegebenenfalls zu ergänzen.

- einstimmig beschlossen –

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 5.2*

Zu Punkt 5.3

Radwegführung im Bereich der Kreuzung Otto-Brenner-Straße/ Detmolder Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7576/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den Antrag der CDU-Fraktion:

„Die Verwaltung wird gebeten die Radwegführung im Bereich der o.g. Kreuzung zu überprüfen, insbesondere z.B. die Radwegführung Otto-Brenner-Straße/Detmolder Straße stadtauswärts zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern.“

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) beschreibt, dass der Radverkehr auf der Otto-Brenner-Straße über die Detmolder Straße Richtung Osningstraße geführt werde. Als Linksabbieger in die Detmolder Straße sei die Ampel nicht zu sehen. Es sei eine Gefahrenstelle, auch aufgrund der nicht ausreichenden Aufstellfläche, geschaffen worden, insbesondere wenn Radfahrende in einer Gruppe unterwegs seien. Er halte daher eine Überprüfung für erforderlich.

Frau Grbeva (SPD-Fraktion) bestätigt die schwierige Situation vor Ort.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) weist darauf hin, dass schon einmal über eine Aufstellfläche gesprochen worden sei, aber seinerzeit die Aussage getroffen worden sei, dass diese den Verkehrsfluss behindere.

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) bewertet die Kreuzung insgesamt nicht als optimal. Es gebe für Fußgänger sehr lange Querungszeiten; daher befänden sich mitunter größere Gruppen auf den Mittelinseln.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten die Radwegführung im Bereich der o.g. Kreuzung zu überprüfen, insbesondere z.B. die Radwegführung Otto-Brenner-Straße/Detmolder Straße stadtauswärts zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern.

- einstimmig beschlossen –

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 5.3*

-.-.-

Zu Punkt 6**Siedlung Alter Dreisch -Anregung gem. § 24 GO NRW-
(BV Stieghorst, zuletzt 04.10.2018, TOP 5.5)**

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer weist darauf hin, dass über der Antrag der Bürgerinitiative Alter Dreisch auf Erlass einer Erhaltungssatzung noch zu beschließen ist, und bittet um Wortmeldungen.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) spricht sich dafür aus, eine Entscheidung nicht länger aufzuschieben. Nach einer positiven Entwicklung finde inzwischen eine rege Kommunikation zwischen der Initiative und dem Eigentümer statt. Er sehe aktuell keine Notwendigkeit für eine Erhaltungssatzung, da Modernisierungsmaßnahmen seitens des Eigentümers zugesagt worden seien.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier begrüßt die Bereitschaft des Eigentümers zur Modernisierung der Siedlung, äußert aber auch Verständnis für die Befürchtungen der Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung. Auch er sehe derzeit keine Notwendigkeit für eine Erhaltungssatzung. Man werde den weiteren Fortgang aber sehr genau verfolgen. Laut Zusage des Eigentümers sollen auch die leerstehenden Wohnungen modernisiert und nicht abgerissen werden. In diesem Zusammenhang verweist er darauf, dass hier eine viel ältere Wohnsubstanz modernisiert werde, während der Abriss der Immobilien an der Sperberstraße beschlossen worden sei.

Herr Hölscher (Die Linke) stellt fest, dass jetzt anscheinend auf Augenhöhe verhandelt werde. Den Vergleich der Siedlung Alter Dreisch mit den Gebäuden an der Sperberstraße könne er nicht nachvollziehen, da die Häuser in der Siedlung Alter Dreisch noch bewohnt seien. Er spricht sich dafür aus, dass die Bezirksvertretung sich eine Möglichkeit der Intervention offenhalten solle und keine endgültige Entscheidung treffen solle.

Frau Abendroth (SPD-Fraktion) kann dem von Herrn Henrichsmeier vorgenommenen Vergleich ebenfalls nicht folgen.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) dankt der Bürgerinitiative für den Hinweis auf die Missstände und bittet diese künftig um Information darüber, ob die angekündigten Maßnahmen ergriffen

werden und ob die leerstehenden Wohnungen bezogen werden.

Herr Akay stellt für seine Fraktion den Antrag, die Anregung der Initiative gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW abzulehnen.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier regt an, dann tätig zu werden, wenn kein Erhaltungswille erkennbar sei.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer lässt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Anregung der Bürgerinitiative Alter Dreisch e. V. gemäß § 24 Gemeindeordnung NRW auf Erlass einer Erhaltungssatzung für den Bereich der Siedlung Alter Dreisch wird unter den jetzt bekannten Rahmenbedingungen abgelehnt.

- einstimmig beschlossen –

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 6*

-.-.-

Zu Punkt 7

Terminvereinbarungskonzept der Bürgerberatung

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 7314/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt den Leiter des Bürgeramtes, Herrn Fliege, zu diesem Tagesordnungspunkt.

Herr Fliege verweist auf die Informationsvorlage und schlägt vor, zunächst auf typische Fragestellungen, die in letzter Zeit an das Bürgeramt herangetragen wurden, einzugehen.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier stellt vorab fest, dass für die Ein-Personen-Filiale in Hillegossen keine Terminvereinbarung erfolgen solle. Dies sei innerhalb der eingeschränkten Öffnungszeiten auch für die dort tätigen Beschäftigten keine gute Lösung.

Herr Fliege erläutert die vorgesehenen Möglichkeiten der Terminvereinbarung und das gestaffelte Verfahren zur Terminvergabe. Für Spontankunden sei im Rahmen der kurzfristigen Terminkontingente eine Terminvergabe möglich. Auch für die Abholung von Dokumenten müsse ein Termin vereinbart werden. In Notfällen wie bei kurzfristigem Ablauf eines Ausweises sei am besten telefonisch zu erfragen, an welchem Standort eine Lösung möglich sei. Bei Verspätungen seitens der Kunden werde man versuchen, diese dennoch einzusteuern; dies sei jedoch eher an

großen Standorten möglich. Eine Bekanntgabe des neuen Konzeptes werde Anfang 2019 durch umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit erfolgen. Möglichst alle Bielefelderinnen und Bielefelder sollen erreicht werden.

Herr Hölscher (Die Linke) stellt und erläutert folgenden gemeinsamen Antrag für die Partei Die Linke und die SPD-Fraktion:

„1) Es wird auch weiterhin von Bürgern und Bürgerinnen gesprochen.

2) Der Start der Terminvergabe erfolgt zunächst als Probedurchlauf für 6 Monate. Für diese Zeit gibt es weiterhin die Möglichkeit, eine Bürgerberatung ohne Termin aufzusuchen.

3) Für Berufstätige wird in der Bürgerberatung Hillegossen ein Nachmittagstermin zwischen 16.00 und 20.00 Uhr angeboten, z. B. am langen Donnerstag.

Begründung:

Das Angebot der Bürgerberatungen – wie schon der Name sagt – richtet sich an BürgerInnen und ist eine Dienstleistung der Stadt für ihre BürgerInnen. Es ist nicht zielführend, dann von Kunden zu sprechen. Modern ist, wenn eine bürgerorientierte Dienstleistung angeboten wird.

Grundsätzlich ist die Einrichtung einer Terminvergabe richtig. Sie hilft den BürgerInnen, Wartezeiten zu vermeiden und sie hilft der Verwaltung, ihre Ressourcen der Nachfrage anzupassen. Solange dieses aber nicht sicher eingeführt ist, bedarf es einer Einführungsphase. Dieses ist auch die Erfahrung aus vielen anderen Projekten. Dazu gibt es immer noch eine größere Anzahl an BürgerInnen, die nicht „online-affin“ sind. Hier auf die telefonische Terminvergabe zu verweisen, ist nicht hilfreich. So verlagern sich eventuell die Wartezeiten in die Endlosschleife einer Telefonansage. Zudem gibt es immer die Notwendigkeit einer ad hoc-Dienstleistung. Daher sollte zumindest für eine Probezeit das Verfahren getestet werden. Für diesen Zeitraum gibt es weiterhin die Möglichkeit, ohne Termin die Bürgerberatung aufzusuchen. Zu klären ist auch, wie weit das neue Angebot ausreichend barrierefrei ist.

Es kann nicht sein, dass für den Besuch der Bürgerberatung von Berufstätigen Urlaub genommen werden muss. Es wird in der Verwaltung anscheinend davon ausgegangen, Bielefelder arbeiten in Bielefeld. Die Pendlerzahlen zeigen aber, es gibt viele Tausend Bielefelder, die nicht in Bielefeld berufstätig sind. Dafür braucht es ein akzeptables Angebot. Das kann nur an einem Spätnachmittag angeboten werden. Dass es aber gar nicht berücksichtigt werden soll, ist, nach den Ausführungen der Verwaltungsvorlage – „kunden“unfreundlich.“

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) zeigt sich verwundert über den Widerstand gegen eine Terminvergabe. Diese biete zeitliche Entlastung für alle Beteiligten. Er hoffe auf ein noch größeres Online-Angebot für die Erledigung von Dienstleistungen.

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) sieht nur scheinbar eine Minimierung von Wartezeiten, da künftig auf den Termin gewartet werden müsse. Er bemängelt, dass es zu wenig Online-Angebote für Dienstleistungen gebe, und spricht sich für ein anteiliges Terminangebot aus. Zu der Abholung

von Dokumenten verweist Herr Schlifter auf die Möglichkeit, einen Fahrradkurierdienst zu nutzen, den der Rat der Stadt Bielefeld beschlossen habe. Den eingebrachten Antrag begrüße er; dabei sei ihm die kritisierte Wortwahl weniger wichtig.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) moniert ebenfalls, dass die Ein-Personen-Filialen in das Terminvereinbarungskonzept eingebunden werden sollen, und weist darauf hin, dass mit dem eingebrachten Antrag nur ein Minimum des Notwendigen erreicht werden solle.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier spricht sich für eine Rückkehr zu 24 Stunden Öffnungszeit wöchentlich für die Filiale Hillegossen aus. Der Antrag werde unterstützt, reiche aber nicht aus.

Zu dem Einwand von Herrn Schlifter stellt Herr Fliege fest, dass es kein Kapazitätsproblem gebe, sondern das ungleiche Kundenaufkommen zu lösen sei.

Im Folgenden diskutieren die Mitglieder der Bezirksvertretung und Herr Fliege kontrovers, ob die Menschen, die die Bürgerberatung aufsuchen, als Kundinnen und Kunden oder Bürgerinnen und Bürger zu bezeichnen sind.

Herr Hoffmann (CDU-Fraktion) stellt fest, dass die Wartesituation durch Einstellung von Mehrpersonal im Bereich der Bürgerberatung hätte entzerrt werden können.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer bittet um Abstimmung über den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke und der SPD-Fraktion. Er bittet den Antrag mit Hinweis auf die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters einleitend abzuändern. Dies wird einvernehmlich gesehen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Stiegchorst bittet den Oberbürgermeister, das Terminvereinbarungskonzept wie folgt zu ändern:

- 1) **Es wird auch weiterhin von Bürgern und Bürgerinnen gesprochen.**
- 2) **Der Start der Terminvergabe erfolgt zunächst als Probedurchlauf für 6 Monate. Für diese Zeit gibt es weiterhin die Möglichkeit, eine Bürgerberatung ohne Termin aufzusuchen.**
- 3) **Für Berufstätige wird in der Bürgerberatung Hillegossen ein Nachmittagstermin zwischen 16.00 und 20.00 Uhr angeboten, z. B. am langen Donnerstag.**

Dafür: 15 Stimmen
Dagegen: 2 Stimmen

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Die Informationsvorlage wird im Übrigen zur Kenntnis genommen.

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 7 *

Zu Punkt 8

4. Änderung "Stadtteilküche Sieker" des Bebauungsplanes Nr. III/4/46.01 "Greifswalder Straße" für das Gebiet Greifswalder Straße 17 im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB - Stadtbezirk Stieghorst - Aufstellungsbeschluss **Beschluss zur Durchführung der öffentlichen Beteiligung**

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 7441/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt zur Berichterstattung Frau Loh und Frau Möller vom Bauamt.

Frau Loh erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die für den Bau der Stadtteilküche erforderliche Änderung des bestehenden Bebauungsplanes. Lediglich das Baufenster solle erweitert werden, um planungsrechtlich einen Anbau zu ermöglichen.

Frau Möller stellt sich als Nachfolgerin von Frau Angelow vor.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) fragt nach, warum eine Bürgerbeteiligung erfolgen soll, obwohl diese im beschleunigten Verfahren nicht gesetzlich vorgegeben sei. Er befürchtet dadurch eine weitere zeitliche Verzögerung.

Frau Loh stellt fest, dass ein Verzicht auf die Bürgerbeteiligung im vereinfachten Verfahren möglich sei. Sie verweist aber auf den verabschiedeten Bebauungsplan, der künftig eine Wohnbebauung nahe dem Gebäude, das ein Veranstaltungsort sei, vorsehe.

Herr Burauen sieht die Notwendigkeit nicht, da derzeit kein Wohngebäude in der Nachbarschaft sei.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) spricht sich für eine Bürgerbeteiligung aus und warnt vor möglichen Problemen, falls diese nicht stattfinden.

Auf Nachfrage von Herrn Burauen stellt Frau Loh fest, dass sich planungsrechtlich keine Probleme ergeben könnten, weist aber darauf hin, dass es bereits einige Anwohnerinnen und Anwohner in dem Bereich

gebe. Die zeitliche Verzögerung sei durch eine Bürgerbeteiligung relativ gering zu sehen.

Herr Burauen stellt fest, dass es nur darum ginge, Kosten und Aufwand zu sparen und das Verfahren nicht aufzublähen. Damit solle nicht die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer lässt über die Beschlussvorlage abstimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Der Bebauungsplan Nr. III/4/46.01 „Greifswalder Straße“ für das Gebiet Greifswalder Straße 17 ist im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern (4. Änderung). Für die genauen Grenzen des Plangebiets im Aufstellungsbeschluss ist die im Übersichtsplan mit blauer Farbe vorgenommene Abgrenzung verbindlich.
2. Die Änderung des Bebauungsplanes soll als beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a (1) BauGB („Bebauungspläne der Innenentwicklung“) durchgeführt werden.
3. Der Änderungsbeschluss ist gemäß § 2 (1) BauGB öffentlich bekannt zu machen. Dabei ist gemäß § 13a (3) BauGB darauf hinzuweisen, dass die Änderung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB erfolgt.
4. Für die Änderung des Bebauungsplanes ist die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB auf der Grundlage der in der Vorlage dargestellten allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung durchzuführen.

- einstimmig beschlossen –

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 8*

-.-.-

Zu Punkt 9

Verbesserung der Wegeverbindung parallel der Stadtbahnlinie 3 zw. Otto-Brenner-Straße und Stieghorster Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 7189/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Spree (Amt für Verkehr), Herrn Berger (Umweltbetrieb), Frau Giese-Grohmann und Herrn Vajen (beide Umweltamt).

Herr Spree erinnert einleitend an den Antrag der Bezirksvertretung vom

17.03.2016, der eine Verbesserung der Wegeverbindung entlang der Stadtbahnlinie 3 forderte. Der Weg sei teilweise in keinem guten Zustand. Dabei sei die Verbindung stark von Fuß- und Radverkehr frequentiert und werde insbesondere auch als Schulweg genutzt. Im Sommer 2017 seien dazu an einigen Punkten Verkehrszählungen durchgeführt worden. Herr Spree erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation Planungsgrundsätze, Bauabschnitte und einen Zeitplan für die Verbesserung der Wegeverbindung. Für den 1. Bauabschnitt zwischen Otto-Brenner-Straße und Elpke müssten bis zum 30.11.2018 Fördergelder beantragt werden; bei einer Bewilligung im kommenden Jahr könne mit einem Beginn der Baumaßnahmen 2019/2020 gerechnet werden.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) bedankt sich für die Planung der Verwaltung und hofft auf baldige Realisierung der Maßnahmen. Er äußert im Namen seiner Fraktion Änderungswünsche (getrennter Geh-/Radweg ab Ende Lärmschutzwand, nur kurze gemeinsame Geh- und Radwegführung, Aufenthaltsqualität im Stieghorster Park). Er kündigt dazu einen Änderungsantrag an. Darüber hinaus bringt er seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Planung über die Stieghorster Straße hinausgehen werde.

Frau Abendroth (SPD-Fraktion) fragt nach, warum die Engstellen im Bereich der Stadtbahn an der Greifswalder Straße beseitigt werden sollen. Hier sei eine 30 km/h-Zone; die Straße solle nicht verbreitert werden. Ab dem kommenden Jahr seien durch die geplante Kindertagesstätte zudem viele Kinder unterwegs.

Herr Spree entgegnet auf den Einwand von Frau Abendroth, dass an der Greifswalder Straße die vorhandene Engstelle zurückgebaut werden solle, damit mit dem Bau einer Verengung direkt an der Querung des Weges in unmittelbarer Nähe keine Doppelung erfolge.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) bringt seine Freude über die geplante Verbesserung des Radweges zum Ausdruck, meint aber, dass dem Radverkehr an den Querungen deutlich mehr Vorrang eingeräumt werden könne. Weitere Kritikpunkte bzw. Forderungen seien:

- Querung Stralsunder Straße: Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h für den Straßenverkehr, auch wegen der Anhebung der Straße
- Querung Greifswalder Straße: Einrichtung eines Zebrastreifens
- Lärmschutzwand: Ersatz durch eine Glaswand, gegenüberliegender Zaun Gefahrenstelle
- Querung Elpke: Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h für den Straßenverkehr und Schutz der alten Eiche, die gefällt werden soll.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) stellt fest, dass der Weg der wichtigste Radweg im Stadtbezirk sei. Demgegenüber sei ein Ausbau eines Radweges entlang der Detmolder Straße entbehrlich. Aus seiner Sicht sollten keine Geschwindigkeitsbegrenzungen an den Querungen erfolgen; Aufpflasterungen reichten völlig aus.

Er fragt nach, ob der Radweg nach der Trennung von dem Fußweg auf Höhe der Gesamtschule im Stieghorster Park nicht 4 statt 3 Meter breit gebaut werden könne und gemeinsam mit dem Fußweg weitergeführt

werde. Er habe die Sorge, dass ansonsten der Radverkehr auf dem getrennten Fußweg weiterfahren werde.

Herr Burauen weist darauf hin, dass eine Teilung des Weges notwendig sei, um keine Gefahrensituationen entstehen zu lassen. Dieser Meinung schließt sich Herr Akay an.

Herr Spree beantwortet die Fragen der Mitglieder. Er möchte die Frage zu einer Geschwindigkeitsbegrenzung an den Querungsstellen in die Verwaltung mitnehmen. Die Greifswalder Straße sei schon eine 30 km/h-Zone; ein Zebrastreifen sei daher aus fachlicher Sicht entbehrlich. Die Lärmschutzwand liege erst im Bereich des zweiten Bauabschnittes. Die Anwohnerschaft habe ein Anrecht auf Lärmschutz. Ein Abriss und eine Erneuerung der Wand sei mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden und bringe maximal 50 cm Breitengewinn für den Weg. Auch diese Anregung werde er aber mitnehmen. Eine Erhöhung der Aufenthaltsfunktion im Stieghorster Park könne einem schnellen Vorkommen des Radverkehrs entgegenstehen. Darum sei eine Trennung an dieser Stelle vorgeschlagen.

Herr Burauen wendet ein, dass eine Glaswand statt der Lärmschutzwand aus seiner Sicht einen passablen Raumgewinn ermögliche.

Herr Schlifter (FDP-Ratsmitglied) fragt nach, zu welchem Zeitpunkt die von Herrn Spree erwähnten Verkehrszählungen erfolgt seien. Weiterhin fragt er nach, warum die Radwegführung an der Otto-Brenner-Straße und zum Ehlenruper Weg über die Grünfläche geändert werden solle. Er regt eine größere Aufstellfläche an und spricht sich weiterhin für eine gute Ausschilderung aus. Weiterhin möchte Herr Schlifter die Nutzung des Ehlenruper Weges als Fahrradstraße anregen, auch wenn dies den Bereich der Bezirksvertretung Mitte betreffe.

Herr Spree stellt zunächst fest, dass grundsätzlich ein politischer Beschluss zu einer Fahrradstraße gefasst werden könne. Er erläutert, dass der querende Radverkehr komfortabel auf die Fahrbahn des Ehlenruper Weges gelangen solle. Eine Verschwenkung des Radweges an der Otto-Brenner-Straße erfolge, um zwischen Fahrbahn und Radweg eine ausreichende Aufstellfläche für Radfahrer und Fußgänger zu schaffen. Die Verkehrszählungen seien mittels einer 24 Stunden-Kamera erfolgt. Die Wochentage Donnerstag, Samstag und Sonntag seien ausgewertet worden.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) beantragt wie angekündigt folgende Ergänzungen zur Beschlussvorlage:

- „1. In der weiteren Planung soll der Radweg vom Ende der Lärmschutzwand an der Elpke bis zur Stieghorster Straße getrennt vom Gehweg geführt werden.*
- 2. Der weitere Raum, in dem Geh- und Radweg gemeinsam geführt werden, soll so kurz wie möglich gehalten werden.*
- 3. Bei der teilweisen Umgestaltung des Grünstreifens entlang der Linie 3 durch Neugestaltung des Ententeiches und der neuen Radwegführung soll zudem der Fokus auf einem hohen Aufenthaltswert liegen.“*

Nach kurzem Austausch lässt Herr Bezirksbürgermeister Schäffer zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. In der weiteren Planung soll der Radweg vom Ende der Lärmschutzwand an der Elpke bis zur Stieghorster Straße getrennt vom Gehweg geführt werden.
2. Der weitere Raum, in dem Geh- und Radweg gemeinsam geführt werden, soll so kurz wie möglich gehalten werden.
3. Bei der teilweisen Umgestaltung des Grünstreifens entlang der Linie 3 durch Neugestaltung des Ententeiches und der neuen Radwegeführung soll zudem der Fokus auf einem hohen Aufenthaltswert liegen.

- einstimmig beschlossen -

Im Anschluss bittet Herr Bezirksbürgermeister Schäffer um Abstimmung über die Vorlage der Verwaltung mit den beschlossenen Ergänzungen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Den geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Wegeverbindung zwischen Otto-Brenner-Straße und Stieghorster Straße entsprechend der beigefügten Planung wird mit folgenden Ergänzungen zugestimmt:

1. In der weiteren Planung soll der Radweg vom Ende der Lärmschutzwand an der Elpke bis zur Stieghorster Straße getrennt vom Gehweg geführt werden.
2. Der weitere Raum, in dem Geh- und Radweg gemeinsam geführt werden, soll so kurz wie möglich gehalten werden.
3. Bei der teilweisen Umgestaltung des Grünstreifens entlang der Linie 3 durch Neugestaltung des Ententeiches und der neuen Radwegeführung soll zudem der Fokus auf einem hohen Aufenthaltswert liegen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 9*

-.-.-

Zu Punkt 10 **Kreisverkehrsplatz Detmolder Straße / Oerlinghauser Straße /
Obere Hillegosser Straße**
Hier: Gestaltung der Kreisinsel

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 7361/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer begrüßt zur Berichterstattung Herrn Spree vom Amt für Verkehr.

Herr Spree erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die Bestandssituation und zeigt neben dem angedachten Mühlenrad Beispiele für eine mögliche, unterhaltungsexensive Bepflanzung der Mittelinsel. Eine Realisierung sei im Frühjahr zur Pflanzzeit möglich.

Herr Akay (Vorsitzender SPD-Fraktion) begrüßt die von der Verwaltung erarbeitete Vorlage, die den Wünschen aus der Bezirksvertretung Rechnung trage.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) wendet ein, dass es nicht allein darauf ankomme, wie pflegeleicht eine Begrünung sei. Er regt an eine insektenfreundliche Bepflanzung mit Blumen vorzunehmen.

Herr Thole (Vorsitzender CDU-Fraktion) begrüßt den Gestaltungsvorschlag, kritisiert aber die entstehenden Kosten. Eine Realisierung sollte weitgehend mit Sponsoren verwirklicht werden. Er regt an, mit dem Sponsor für das Mühlenrad zu klären, ob nicht auch der Betonsockel von ihm finanziert werden könne. Die Bepflanzung sei aus Sicht seiner Fraktion insbesondere hinsichtlich der Folgekosten zu teuer. Auch er spricht sich für eine Blumenbepflanzung aus und weist auf die erfolgreiche Blumensamen-Aktion der Stadt Bielefeld aus diesem Jahr hin. Er stellt für seine Fraktion den Antrag, mit dem Sponsor zu sprechen und Blumensamen auszusäen.

Herr Hoffmann (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass der Kreisel ein zentraler Punkt des Ortsteiles sei und entsprechend aussehen solle. Er gibt zu bedenken, dass Blumen jährlich neu ausgesät werden müssten, und sich ab Spätherbst ein „tristes Bild“ bieten würde, und spricht sich für ganzjährige Pflanzen wie von der Verwaltung vorgeschlagen aus.

Herr stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier verweist darauf, dass über ein Provisorium gesprochen werde, da bei einer Verlängerung der Stadtbahnlinie nach Hillegossen ein Rückbau erfolgen müsse. Dies müsse angesichts der entstehenden Kosten bedacht werden.

Herr Akay erwidert, dass noch völlig unklar sei, wann mit einer Verlängerung der Stadtbahnlinie zu rechnen sei. Dann werde man aber sicher einen anderen geeigneten Platz finden.

Herr Burauen schließt sich den Ausführungen von Herrn Akay an und spricht sich nochmals dafür aus, die vorgeschlagene Bepflanzung zu

überdenken.

Herr Thole stellt fest, dass der Kreisel vernünftig aussehen müsse. Die veranschlagten Unterhaltungskosten seien jedoch zu hoch. Er verweist auf den gestellten Antrag.

Herr Schliffer (FDP-Ratsmitglied) regt an die Vorlage zu beschließen und die Verwaltung unabhängig davon um eine Kostenschätzung zu der vorgeschlagenen Blumenbepflanzung zu bitten.

Herr Thole verweist darauf, dass es genügend Beispiele gegeben habe, bei denen sämtliche Kosten einschließlich der Unterhaltung vom Sponsor übernommen worden seien.

Herr Akay stellt fest, dass der Sponsor des Mühlenrades nicht bereit sei, auch den Sockel zu finanzieren.

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer lässt zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Mit dem Sponsor des Mühlenrades, das auf der Kreisinsel des Kreisverkehrsplatzes Detmolder Straße/ Oerlinghauser Straße/ Obere Hillegosser Straße entstehen soll, sind Gespräche hinsichtlich der Übernahme der Kosten für das Fundament zu führen.

Dafür: 7 Stimmen
Dagegen: 10 Stimmen
Enthaltungen: ---

- mit Mehrheit abgelehnt -

Nach erneutem Austausch schlägt Herr Akay den Anregungen folgend vor, die Verwaltung mit einer insektenfreundlichen Bepflanzung und möglichst kostenreduzierenden Gestaltung des Innenkreisels zu beauftragen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der Gestaltung der Kreisinsel des Kreisverkehrsplatzes Detmolder Straße / Oerlinghauser Straße / Obere Hillegosser Straße wird unter folgenden Maßgaben zugestimmt:

- 1. Die Bepflanzung soll insektenfreundlich ausgewählt werden.**
- 2. Die Gestaltung soll zu geringeren Folgekosten für die Unterhaltung führen.**

Dafür: 16 Stimmen
Dagegen: ---
Enthaltungen: 1 Stimme

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 10*

Zu Punkt 11 Sachstand Empfehlungen der "AG Grabeland"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7473/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 11 *

Zu Punkt 12 Planungs- und Umsetzungsstand der neuen Kita-Standorte in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7345/2014-2020

Herr Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 12 *

Zu Punkt 13**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Herr Skarabis verweist auf die mit der Sitzungseinladung übersandte Auflistung der bisher noch unerledigten Beschlüsse der Bezirksvertretung, die um neue Beschlussfassungen ergänzt bzw. um die inzwischen erledigten Beschlüsse bereinigt worden sei.

Auf Nachfrage von Herrn Skarabis besteht Einvernehmen darüber, den Beschluss zu einem Zebrastreifen an der Detmolder Straße in Ubbedissen vor dem Markt-Markt künftig nicht mehr aufzulisten.

Frau Fecke (SPD-Fraktion) stellt im Namen ihrer Fraktion den Antrag, dass der Parkplatz am Sportplatz in Ubbedissen schnellstmöglich erweitert werden solle. Hintergrund ist die Information von Herrn Skarabis, dass die Rasenfläche zwischen Parkplatz und Sporthalle seitens des Sportvereines nicht mehr für eine Verlegung des Beachvolleyball-Feldes in Betracht gezogen werde.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Stieghorst bittet die Verwaltung, die Erweiterung der Parkplatzflächen am Sportplatz in Ubbedissen schnellstmöglich auf der Grünfläche zwischen Parkplatz und Sporthalle vorzunehmen.

- einstimmig beschlossen –

Auf Nachfrage von Herrn Lange (CDU-Fraktion) erklärt Herr Skarabis, dass zu dem Antrag bezüglich der Buslinie 131 noch keine Antwort von moBiel vorliege.

Herr Burauen (Vorsitzender Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen) merkt an, dass im Elpkebachtal durch vom Umweltamt veranlasste Baumfällungen ein „Schlachtfeld“ hinterlassen worden sei. Er habe bereits in einer früheren Sitzung im Rahmen der INSEK-Maßnahmen gefordert, diesen Bereich mit der nötigen Sensibilität zu behandeln. Die Abforstung könne er nicht nachvollziehen.

Die weitere Liste wird von der Bezirksvertretung zur Kenntnis genommen.

* BV Stieghorst - 15.11.2018 - öffentlich - TOP 13 *

-.-.-

Reinhard Schäffer
Bezirksbürgermeister

Anke Machnik
Schriftführerin